

Wirtschaftliche Fragen der Fabrikindustrie.

Der Bund ungarischer Fabrikindustrieller hielt gestern unter Vorsitz Dr. Franz Chorin's eine Direktionsitzung, die sich zunächst mit den Zeitungsmeldungen beschäftigte, laut welchen eine neue Kunstdüngerfabrik mit finanzieller Bethelligung des Staates errichtet werden soll. Baron Adolf Kohner führte in Laufe der Debatte aus, daß er es nicht für richtig und im gegenwärtigen Zeitpunkt für doppelt bedenklich hält, wenn der Staat durch seine finanzielle Bethelligung an einem solchen Unternehmen der Privatindustrie in einem Industriezweige Konkurrenz machen wird, in welchem die ungarische Industrie in der Lage ist, den inländischen Bedarf nicht nur vollständig zu decken, sondern auch ihre Produktion darüber hinaus zu steigern. Dabei sei zu berücksichtigen, daß dieser Industriezweig mit seinen Rohstoffen fast ganz auf die überseeische Einfuhr angewiesen ist und die Privatindustrie befürchten muß, daß sie angesichts des beschränkten Schiffsraumes, der zur Verfügung steht, nach dem Kriege in ihrer Rohstoffversorgung gegenüber der staatlichen Unternehmung zurückgesetzt werden wird. Nachdem Manfred Weiß, Béla Veith und Alfred Schwarz zu der Frage das Wort ergriffen hatten, beschloß die Direktion auf Antrag Dr. Chorin's einstimmig, gegen die finanzielle Bethelligung des Staates an der zu errichtenden Kunstdüngerfabrik auf das entschiedenste Stellung zu nehmen, getreu dem vom Bund seit seiner Gründung konsequent eingenommenen Standpunkt, nach welchem der Wettbewerb der vom Staat direkt errichteten oder mit Bethelligung des Staates zustandegebrachten Betriebe unsere industrielle Entwicklung lähmt. Die Direktion beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzesentwurf über die Kriegstransportsteuer der Eisenbahnen und sprach auf Antrag Franz Chorin's nach den Bemerkungen Manfred Weiß', Roland Hegedüs' und Béla Veith's aus, daß sie ihren in dieser Frage bisher eingenommenen Standpunkt auch weiterhin aufrecht halte. Mit Rücksicht auf die großen finanziellen Bedürfnisse des Staates erhebt der Bund gegen die neue Steuer keine Einwendung. Er lenkt jedoch die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß das System unserer Eisenbahntarife auch derzeit bereits große Anomalien aufweist, da die Höhe der Tarifföhe mit dem Werthe der Rohstoffe und Fabrikate in keinem entsprechenden Verhältnis steht. Die gegenwärtigen Tarifföhe belasten bereits die von der ungarischen Industrie erzeugten Massengüter mehr als die von der österreichischen Industrie gelieferten Fabrikate. Die durchwegs mit 30 Prozent bemessene Transportsteuer wird diese Anomalie noch stärker zum Ausdruck bringen und das ungarische Wirtschaftsleben empfindlich schädigen. Der Bund betont daher, daß die Kriegstransportsteuer nur von provisorischer Geltung sein und höchstens für die Zeit des Krieges in Kraft bleiben könne. Nach Beendigung des Krieges müsse aber unser ganzes Eisenbahnsystem einer Revision unterzogen und nach Anhörung der interessirten Kreise so umgestaltet werden, daß die gegenwärtigen Ungleichheiten aufhören und die Eisenbahntarife zu Förderern unserer wirtschaftlichen Entwicklung und unseres aus währungspolitischen Gründen nach dem Kriege besonders wichtigen Exportes werden.

Hierauf berichtete Gustav Graß über jene Verhandlungen, welche der Bund in Angelegenheit der Erleichterung der Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter mit dem Kriegsernährungsamt geführt hat. Er hob hervor, daß das Ernährungsamt jüngst an die Municipien eine Circularverordnung gerichtet hat, in welcher diese aufgefordert werden, die Ernährung der Arbeiter der vom Standpunkte der Heeresversorgung besonders wichtigen Industrieunternehmen unbedingt sicherzustellen. Der Bund führte Verhandlungen im Interesse der Schaffung einer Organisation, welche in zentraler Weise für die Lebensmittelversorgung der Arbeiter der Industrieunternehmen in Budapest und seiner Umgebung sorgen würde. Nachdem Manfred v. Weiß, Heinrich Fellner, Baron Moriz Kornfeld, Baron Adolf Kohner, Béla Surányi, Julius Egger, Béla Veith und Andore zu dieser Frage das Wort ergriffen hatten, sprach der Bund aus, daß er die zentrale Versorgung der Arbeiter der in Budapest und seiner Umgebung befindlichen Industrieunternehmen für nothwendig hält, in die Aktion jedoch vorläufig jene großen Unternehmen nicht einbeziehen wolle, welche die Versorgung ihrer Arbeiter mit den nothwendigen Lebensmitteln auch bisher

schon sicherzustellen konnten. Der Bund hält es jedoch für nothig, daß diese Aktion sich nicht auf die direkt für das Heer liefernden Unternehmen beschränke, sondern auf die ganze Fabrikindustrie erstreckt werde. Schließlich hält es der Bund für wünschenswerth, daß das Volksernährungsamt die Aktion weitgehend unterstütze und Bürgschaften dafür biete, wie die Organisation zu den nothwendigen Lebensmitteln gelangen könne.

Endlich beschäftigte sich die Direktion mit der Angelegenheit der Kriegsausstellung, die schon im vorigen Jahre in Wien veranstaltet wurde und 1917 wiederholt werden wird. Schon bei der vorjährigen Ausstellung war der Bund der Ansicht, daß die Bethelligung der ungarischen Fabriken bei der Ausstellung nicht wünschenswerth sei. Seither hat die Industrie auf dem Gebiete der Produktions- und Verkehrsverhältnisse mit noch erheblicheren Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß sie in diesem Jahre noch weniger in der Lage wäre, sich an der Ausstellung in einer Weise zu betheiligen, daß dadurch die wichtige Rolle, welche die Industrie vom Standpunkte der Heeresversorgung spielte, entsprechend zum Ausdruck komme. Der Bund hält es darum für wünschenswerth, daß die ungarischen Fabriken sich an der Ausstellung auch in diesem Jahre nicht betheiligen.